

Überfüllte Gefängnisse - unhaltbare Zustände in Auffanglagern für Migranten

Der Kommissar für Menschenrechte des Europarats will sich in Griechenland ein eigenes Bild von der Lage machen

Der Kommissar für Menschenrechte des Europarates, Nils Muiznieks, inspiziert in diesen Tagen griechische Gefängnisse und Auffanglager für Immigranten. Auch von den Aktivitäten der Partei Chryssi Avgi will er sich ein Bild machen.

elh. Athen . Der für Menschenrechte zuständige Kommissar des Europarates, Nils Muiznieks, ist zu einem viertägigen offiziellen Besuch nach Griechenland gekommen. Der Lette will während dieser Zeit Gefängnisse, Haftanstalten für Jugendliche und Auffanglager für Immigranten beziehungsweise Asylbewerber inspizieren. In diesen Bereichen hinkt Griechenland europäischen Standards deutlich hinterher und wurde deswegen wiederholt kritisiert. Die Gefängnisse gelten als chronisch überfüllt. Deren

Gesamtkapazität liegt bei 9300 Insassen, doch tatsächlich sitzen mehr als 12 000 Personen ein. Verschärft wird die Lage durch einen bereits seit Wochen anhaltenden Bummelstreik an den Gerichten, der bis zum 19. Januar dauern soll. Aus Protest gegen Gehaltskürzungen erscheinen die Richter und Staatsanwälte täglich nur für eine Stunde in den Gerichtssälen; als Zeichen des guten Willens wollen sie diese Arbeitszeit nun auf drei Stunden ausweiten. Wegen dieses geringen Arbeitspensums können auch viele Fälle, die Untersuchungshäftlinge betreffen, nicht bearbeitet werden.

Noch schlimmer ist die Situation in den Auffanglagern für Migranten, die über keine gültige Aufenthaltsgenehmigung verfügen. Zwar sollen in absehbarer Zeit insgesamt 13 Lager mit einer Kapazität von je 1000 Personen entstehen. Bisher wurden zu diesem Zweck vor allem ausgemusterte Kasernen um

gebaut. Dort sind die Bedingungen oft unzureichend. In vielen Fällen wird nicht geheizt, es soll selbst an Toilettenpapier und Seifen mangeln.

Die Immigranten sollen hier so lange untergebracht werden, bis eventuell eingereichte Asylanträge bearbeitet werden können. Wer abgelehnt wird, muss in sein Heimatland zurückkehren. Die Chancen, dass einem Einwanderer Asyl gewährt wird, stehen äusserst schlecht. Im Jahr 2011 genehmigten die Behörden lediglich 2 Prozent der Anträge. Das liegt weit unter dem europäischen Durchschnitt. Zwar sollen in diesen Tagen etwa 230 Übersetzer, Psychologen und Sozialarbeiter eingestellt worden sein, um die Menschen in den Auffanglagern zu betreuen. Doch auch hier gibt es Kritik. So berichtet die erst kürzlich gegründete linksliberale «Zeitung der Redaktoren», dass viele der neu eingestellten Betreuer über keinerlei Erfahrung auf diesem Gebiet verfügten.

International anerkannte Sozialarbeiter, die sich ebenfalls beworben hätten, seien abgelehnt worden. Ausserdem wird bemängelt, dass Psychologen nur jenen Insassen zur Verfügung stünden, die einen Antrag auf Repatriierung gestellt hätten.

Die Menschen, die in diese Auffanglager eingewiesen wurden, waren mehrheitlich im Rahmen einer Polizeiaktion festgenommen worden, die den paradox anmutenden Namen «Xenios Zefs» («Gastfreundlicher Zeus») trägt. Seit dem Beginn der Operation im vergangenen Sommer wurden mehr als 60 000 Personen überprüft. Etwas mehr als 4000 von ihnen wurden anschliessend inhaftiert, weil sie nicht über die erforderlichen Papiere verfügten. Das ist allerdings nur ein Bruchteil der tatsächlich in Griechenland lebenden illegal eingereisten Migranten. Allein in Athen, so schätzt man, ist deren Zahl in den letzten Jahren auf etwa 100 000 an

gewachsen. Vor allem in Stadtteilen, wo viele Ausländer leben, kam es immer wieder zu sozialen Spannungen.

Missbraucht wird dieses Problem vor allem von der faschistischen Partei Chryssi Avgi, die bei den letzten Parlamentswahlen 7 Prozent der Stimmen erreicht hatte. Einige ihrer Abgeordneten waren an Gewalttaten gegen Migranten beteiligt. Um juristisch gegen sie vorgehen zu können, wurde kürzlich ihre politische Immunität aufgehoben. Laut Umfragen liegt Chryssi Avgi derzeit in der Wählergunst mit mehr als 10 Prozent an dritter Stelle. Am Wochenende eröffnete sie drei Büros in Nordgriechenland. In der thrakischen Stadt Komotini war dies mit einem Marsch verbunden, der sich gegen die in Thrakien ansässige muslimische Minderheit richtete. Dabei kam es zu Zusammenstössen mit Mitgliedern antifaschistischer Organisationen, die gegen Rassismus und Faschismus demonstrierten.